

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 2/78

Berlin

12. Januar 1978

45. Jahrgang

Gefahr steigender Arbeitslosigkeit durch die bisherigen Konjunkturprogramme nicht gebannt

Angesichts der unbefriedigenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat die Bundesregierung ihre restriktive Linie zugunsten eines expansiveren Kurses aufgegeben. Um die Nachfrage zu beleben und insbesondere der hohen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, wurden ein Programm für Zukunftsinvestitionen und spürbare Steuerentlastungen beschlossen.

In einer Modellrechnung werden die von diesen Maßnahmen ausgelösten Nachfrageimpulse und die dem Jahr 1978 zurechenbaren Produktionswirkungen nach Wirtschaftszweigen quantifiziert. Welche Beschäftigungswirkungen daraus resultieren, zeigen ergänzende Berechnungen der Arbeitskraftreserven in den Branchen.

Grundlagen der Berechnungen

Als methodischer Ansatz zur Bestimmung der Produktions- und Beschäftigungswirkungen diente die Input-Output-Rechnung. Sie erlaubt es, sowohl die gesamtwirtschaftlichen als auch die sektoralen Auswirkungen dieser Programme zu quantifizieren. Dabei wird berücksichtigt, daß die zusätzliche Nachfrage nicht nur in den direkt betroffenen Wirtschaftszweigen Produktions- und Beschäftigungswirkungen auslöst (direkte Effekte), sondern auch in den mit diesen Wirtschaftszweigen über Zulieferungen verbundenen Sektoren und im weiteren Verlauf bei deren Vorlieferanten (indirekte Effekte). Steigt beispielsweise die Nachfrage nach Bauleistungen um 1 Mrd. DM, so erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Produktion über die Vorleistungsverflechtung um insgesamt 1,7 Mrd. DM; darin sind z. B. Produkte des Sektors Steine und Erden in Höhe von rund 170 Mill. DM enthalten.

In die Betrachtung einbezogen wurden darüber hinaus auch die multiplikator-induzierten Effekte¹, die sich im Zuge dieser Maßnahmen ergeben: Durch

die von einem Nachfrageanstoß induzierte Mehrproduktion werden zusätzliche Einkommen geschaffen, die zu einem Anstieg des privaten Verbrauchs führen und damit weitere Produktions- und Beschäftigungsimpulse auslösen.

Den Berechnungen wurde die zu 23 Sektoren zusammengefaßte Input-Output-Tabelle des DIW für 1972² zugrunde gelegt. Mit der daraus abgeleiteten inversen Leontief-Matrix konnten die direkten und indirekten sektoralen Produktionswirkungen be-

¹ Diese Wirkungskette wird analytisch durch die Einbeziehung des Keynes'schen Multiplikators in das traditionelle Input-Output-Modell berücksichtigt. Vgl. R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels: Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975. Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 45/1976.

² R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels: Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 38/1975. Diese zur Zeit gegenwärtigste Tabelle beschreibt zwar nicht exakt die heutigen sektoralen Interdependenzen, reicht jedoch für das hier angestrebte Untersuchungsziel aus.

stimmt werden. Die daraus resultierenden Beschäftigungswirkungen lassen sich durch Verknüpfung der Produktionseffekte mit sektoralen Arbeitsproduktivitäten errechnen, die die Produktion je Beschäftigten zum Ausdruck bringen. Abweichend von bisherigen Analysen wurde in Anlehnung an die Potentialrechnung des DIW³ mit auslastungsbereinigten Arbeitsproduktivitäten gearbeitet. Dadurch werden konjunkturelle Einflüsse ausgeschaltet und jener Zusammenhang zwischen Produktion und Beschäftigung erfaßt, der sich aufgrund der technologischen Beziehungen ergibt.

Zur Bestimmung der multiplikator-induzierten Produktions- und Beschäftigungswirkungen mußten Höhe und Struktur der durch die zusätzlichen Einkommen angeregten privaten Verbrauchsnachfrage festgelegt werden. Die Struktur des induzierten privaten Verbrauchs, d. h. die Aufteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige, konnte aus Berechnungen des RWI⁴ abgeleitet werden. Die in dieser Untersuchung prognostizierte Entwicklung der Verbrauchsaggregate bildete die Grundlage für die Quantifizierung der marginalen Verbrauchsstruktur des Prognosejahres.

Das Volumen des induzierten privaten Verbrauchs wurde in Abhängigkeit von den im Produktionsprozeß entstehenden Bruttoeinkommen ermittelt, wobei nicht verbrauchsrelevante Einkommensteile (Steuern, Sozialabgaben, Ersparnisse) und außerdem die nicht im Inland produktionswirksame Nachfrage (Importe) abgesetzt wurden. Schließlich war noch zu berücksichtigen, daß dann, wenn im Zuge der Mehrproduktion Arbeitslose wieder Beschäftigung finden, der durch einen Produktionsanstieg bewirkte Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer zum Teil durch die eingesparten Transferzahlungen (Arbeitslosengeld oder -hilfe) kompensiert wird. Berechnungsgrundlage war also der Saldo zwischen den beiden Einkommensgrößen: Die Höhe des zusätzlichen verbrauchs-wirksamen Einkommens wurde mit 30 vH der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. 50 vH der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen angesetzt.

Quantifizierung der Konjunkturprogramme

In diese Analyse einbezogen wurden das Programm für Zukunftsinvestitionen, das Steueränderungsgesetz 1977, das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung sowie einige andere Steuerrechtsänderungen zur Belebung von Wachstum und Beschäftigung.

Mit dem Investitionsprogramm vom März 1977 sollte ausdrücklich ein Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktp Probleme geleistet werden. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß in den Erläute-

rungen zum Programm als zusätzliches Ziel auch die Haushaltskonsolidierung auf mittlere Sicht, verstanden als Notwendigkeit von Einsparungen im Bereich konsumtiver Ausgaben, genannt worden war. Inwieweit das Volumen von 16 Mrd. DM in voller Höhe als zusätzliche öffentliche Nachfrage angesehen werden kann, bleibt daher offen. Daneben besteht die Gefahr, daß das Programm durch Kürzungen der investiven Ausgaben in den Kernhaushalten in seiner Wirkung geschmälert wird.

Das Programm für Zukunftsinvestitionen
Ausgaben nach Aufgabenbereichen in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen

Aufgabenbereiche	Produktionswirksam	
	1977-80	1978
Verbesserungen im Verkehrssystem	3,72	1,30
Straßenbau	2,65	1,00
Sonstige Verkehrsbauten	1,07	0,30
Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung	3,51	1,00
Ausbau der Fernwärmeversorgung	2,17	0,70
Demonstrationsvorhaben	1,34	0,30
Wasserwirtschaftl. Vorsorge	4,07	1,20
Abwasserreinigung	2,07	0,60
Wassergewinnung, -bau	2,00	0,60
Verbesserung der Wohnumwelt	4,02	1,30
Kommunale Infrastruktur	1,43	0,40
Wohnbauten u. Stadterneuerung	1,73	0,60
Gewerbebetriebe und Forschung	0,86	0,30
Berufsbildung (Fachschulen)	0,60	0,20
Insgesamt	15,92	5,00

Die für 1978 zu erwartenden produktionswirksamen Aufträge lassen sich auf 5 Mrd. DM beziffern. Aus der Struktur des Programms ergibt sich, daß Beschäftigungseffekte vor allem für die Bauwirtschaft erwartet werden, wenngleich ein Großteil der vorgesehenen Maßnahmen in diesem Bereich auf die weniger beschäftigungsintensiven Produktionsparten des Tiefbaus entfällt; nur etwa ein Viertel des Programmvolumens betrifft Leistungen im Hochbau.

Um die Nachfragestruktur des Investitionsvolumens bestimmen zu können, wurden die Projekte nach solchen Teilbereichen zusammengefaßt, die von der Lieferstruktur her weitgehend homogen sind. Zusätzlich berücksichtigt wurde bei den Berechnungen, daß die aus dem Investitionsprogramm abgeleitete Nachfrage anders zusammengesetzt ist als die Struktur der gesamten Bauleistungen.

³ B. Görzig: Die Entwicklung des Wachstumspotentials in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Prognose bis 1980. Beiträge zur Struktur-forschung des DIW. Heft 18/1972.

⁴ R. Rau: Die Struktur des privaten Verbrauchs 1985. In: Mitteilungen des RWI. 27. Jahrgang 1976, S. 249 ff.

Zur Überwindung der rezessiven Tendenzen hat die Bundesregierung seit 1975 auch eine Reihe von steuerpolitischen Maßnahmen zur Konjunkturankurbelung beschlossen. Von der dadurch bewirkten Erhöhung der Nettoeinkommen verspricht man sich eine Anregung der privaten Nachfrage mit der Folge, daß die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten stärker ausgelastet werden und damit zugleich das Investitionsklima in der Wirtschaft verbessert wird.

In die Analyse der Produktions- und Beschäftigungswirkungen sind alle aus konjunkturellen Gründen beschlossenen Steuerrechtsänderungen seit 1975 einbezogen worden. Das Steueränderungsgesetz vom August 1977 wird den Steuerzahlern 1978 eine Verbesserung ihrer Nettoeinkommen von 6 Mrd. DM bringen. Das Schwergewicht des Steuerpakets liegt in der Aufstockung des Kindergeldes mit staatlichen Mehraufwendungen von 1,8 Mrd. DM. Aus der Senkung der Vermögensteuersätze und aus der Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge und der Vorsorgepauschale ergeben sich finanzielle Entlastungen von jeweils 1,35 Mrd. DM. Hinzu kommen steuerliche Entlastungen aus der Gewerbesteuer-senkung (650 Mill. DM), der Erweiterung des § 7b EStG (550 Mill. DM) und der Grunderwerbsteuerbefreiung (600 Mill. DM).

Entlastung des privaten Sektors durch steuerpolitische Maßnahmen
in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen

Art der Maßnahmen	1978
Steueränderungsgesetz 1977 1)	6,3
Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung	10,5
Sonstige Maßnahmen 2)	1,9
Insgesamt	18,7
1) Einschließlich Erhöhung des Kindergeldes, Erweiterung des § 7b EStG und Grunderwerbsteuerbefreiung; ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer. 2) Investitionszulage nach § 4b InvZuG, Reform der Gewerbesteuer, Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung.	

Das im Oktober 1977 verabschiedete Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung sieht für 1978 weitere Steuererleichterungen von über 10 Mrd. DM vor. Als Folge dieser Maßnahme wird eine spürbare Verstärkung der Massenkaukraft ohne zusätzliche Kostenbelastungen der Wirtschaft erwartet. Allein für die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen wird eine Entlastung von rund 9 Mrd. DM angenommen.

Berücksichtigt wurden auch die 1978 zu erwartenden Zahlungen aus der befristeten Investitionszulage

in Höhe von 7,5 vH nach § 4b InvZuG, die Reform der Gewerbesteuer ab 1. 1. 1975 und die Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Bildung von Pensionsrückstellungen), die die Unternehmen 1978 insgesamt um knapp 2 Mrd. DM entlasten.

Während das Programm für Zukunftsinvestitionen in voller Höhe als nachfragewirksam angesehen wurde, mußte der sich aus dem Steuerentlastungsprogramm ergebende Gesamtbetrag von annähernd 19 Mrd. DM um den in die Ersparnisse fließenden Teil gekürzt werden. Darüber hinaus waren im Modell die durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. 1. 1978 induzierten Nachfrageeinbußen beim Konsum abzusetzen.

Um dem unterschiedlichen Konsumverhalten von Nichtselbständigen- und Selbständigen-Haushalten⁵ Rechnung zu tragen, wurden die Entlastungsbeträge zunächst diesen beiden Gruppen zugeordnet: Mehr als die Hälfte der Entlastungen kommt mit 11 Mrd. DM den Nichtselbständigen zugute, während auf die Selbständigen ein Betrag von fast 8 Mrd. DM entfällt. Die marginale Konsumquote wurde für die Arbeitnehmer mit 80 vH angesetzt. Für die Selbständigen-Haushalte wurde unterstellt, daß 50 vH des Entlastungsbetrages für zusätzliche Konsumausgaben verwendet werden.

In umgekehrter Richtung wie die Entlastung bei der Einkommensbesteuerung wirkt die Mehrwertsteuererhöhung auf die Entwicklung der Konsumnachfrage. Hier wurde angenommen, daß die Mehrbelastung für die privaten Haushalte (4,4 Mrd. DM) nicht in voller Höhe zu einer Einschränkung der realen Konsumnachfrage führt, sondern sich nur zur Hälfte nachfragemindernd auswirkt: Der Restbetrag wird durch eine geringere Sparquote kompensiert.

Die aus den gesamten steuerpolitischen Maßnahmen resultierende Endnachfrage nach Konsumgütern reduziert sich nach Berücksichtigung der nicht verbrauchsrelevanten Einkommensteile auf 10,5 Mrd. DM. Davon entfallen 7 Mrd. DM auf die Nachfrage der Nichtselbständigen.

Zusammen mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen ergibt sich damit für 1978 eine zusätzliche Nachfrage von 15,5 Mrd. DM. Nach Umbasierung auf den Preisstand von 1972 und unter Berücksichtigung der Importe errechnet sich eine inlandswirk-

⁵ Es wurde unterstellt, daß die Steuerentlastungen in Unternehmen zum Teil auch über Entnahmen die Einkommenssituation in den privaten Haushalten verbessern und zu zusätzlicher Verbrauchsnachfrage führen. Von einer Quantifizierung der von diesen Maßnahmen möglicherweise induzierten Investitionsnachfrage wurde abgesehen.

Produktionswirkungen der Konjunkturprogramme für 1978

	nach Programmen			nach Komponenten			Ins- gesamt
	Zukunfts- investi- tionen	Steuerentlastungen		direkt	indirekt	multipli- kator- induziert	
		Nicht- selbst.- Haushalte	Selbstän- digen- Haushalte				
	Mrd. DM zu Preisen von 1972						
Land- und Forstwirtschaft	0,13	0,47	0,17	0,14	0,37	0,26	0,77
Energiewirtschaft, Bergbau	0,28	0,61	0,18	0,28	0,47	0,32	1,07
Verarbeitendes Gewerbe	4,01	5,48	2,22	4,14	4,43	3,14	11,71
Chemie, Mineralölverarbeitung	0,58	0,96	0,40	0,51	0,87	0,56	1,94
Steine und Erden	0,65	0,13	0,06	0,12	0,64	0,08	0,84
Metallerzeugung u. -bearbeitung	0,80	0,26	0,11	0,40	0,62	0,15	1,17
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	0,54	0,62	0,26	0,59	0,47	0,36	1,42
Elektrotechnik, EBM	0,54	0,65	0,28	0,58	0,51	0,38	1,47
Holz, Papier, Druck	0,33	0,59	0,26	0,36	0,48	0,34	1,18
Textilien, Leder und Bekleidung	0,21	0,85	0,33	0,64	0,27	0,48	1,39
Nahrungs- und Genußmittel	0,36	1,42	0,52	0,94	0,57	0,79	2,30
Bauwirtschaft	3,14	0,10	0,04	3,03	0,20	0,05	3,28
Handel	0,56	1,53	0,63	1,17	0,67	0,88	2,72
Verkehr	0,32	0,46	0,20	0,18	0,53	0,27	0,98
Nachrichtenübermittlung	0,08	0,18	0,08	0,09	0,14	0,11	0,34
Dienstleistungen 1)	0,58	1,43	0,62	0,97	0,82	0,84	2,63
Unternehmen insgesamt 1)	9,10	10,26	4,14	10,00	7,63	5,87	23,50
1) Ohne Wohnungsvermietung.							

same Mehrnachfrage im Unternehmensbereich⁶ von 10 Mrd. DM.

Produktionswirkungen der Konjunkturprogramme

Diese zusätzliche Nachfrage erfordert eine Ausweitung der Bruttoproduktion von 23,5 Mrd. DM zu Preisen von 1972. Knapp zwei Fünftel davon (9,1 Mrd. DM) sind dem Programm für Zukunftsinvestitionen zuzurechnen. Die den privaten Verbrauch anregenden steuerentlastenden Maßnahmen bewirken eine Mehrproduktion von 14,4 Mrd. DM; davon sind mehr als 70 vH auf Käufe der Nichtselbständigen-Haushalte zurückzuführen.

Die Produktionssteigerung in der Bauwirtschaft um rund 3,3 Mrd. DM wird fast ausschließlich durch das Investitionsprogramm bewirkt; das gleiche gilt für die Sektoren Steine und Erden sowie Metallerzeugung und -bearbeitung (insgesamt 2 Mrd. DM). Die durch die steuerentlastenden Maßnahmen induzierte Produktion ist schwerpunktmäßig in den verbrauchsnahe Bereichen zu finden; dazu zählen in erster Linie Land- und Forstwirtschaft, Handel, Dienstleistungen und – innerhalb des verarbeitenden Gewerbes – die Sektoren Textilien, Leder und Bekleidung sowie Nahrungs- und Genußmittel. Auf diese Wirtschaftszweige entfallen insgesamt

fast 10 Mrd. DM der Mehrproduktion, von denen 8 Mrd. DM den aus den Steuerentlastungen folgenden Käufen zuzurechnen sind.

Neben den direkten Wirkungen aller Programme in Höhe der autonomen Endnachfrage von 10 Mrd. DM entfällt auf indirekte – über die Vorleistungsverflechtung induzierte – Wirkungen rund ein Drittel der gesamten Mehrproduktion (7,6 Mrd. DM). Die hohen direkten Wirkungen in der Bauwirtschaft (3,0 von insgesamt 3,3 Mrd. DM) beeinflussen allerdings die gesamtwirtschaftliche Struktur sehr stark. Die Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige macht indes sichtbar, daß in den meisten von ihnen die indirekten Wirkungen größer sind als die direkten; dies gilt besonders für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Steine und Erden sowie Verkehr. Die multiplikator-induzierten Wirkungen machen ein Viertel der Gesamtwirkungen aus (5,9 Mrd. DM); da ihre sektorale Verteilung nur von der Struktur des

⁶ Nicht berücksichtigt werden die Sektoren Wohnungsvermietung, Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter, da in diesen Bereichen kaum mit nachfrageinduzierten Produktions- und Beschäftigungseffekten zu rechnen ist; insbesondere beim Staat und den Organisationen ohne Erwerbscharakter fallen Entscheidungen über die Ausweitung des Personalbestandes im allgemeinen unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage im Unternehmensbereich.

Schwelle für arbeitsmarktrelevante Beschäftigungswirkungen

	Produktivitäts- reserve gemessen in Erwerbstätigen		Schwelle für arbeitsmarkt- relevante Wirkungen			
			Variante I		Variante II	
	1000 Personen	in vH der Erwerbs- tätigen	1000 Personen	in vH der Produktivi- tätsreserve	1000 Personen	in vH der Produktivi- tätsreserve
Land- und Forstwirtschaft	133	6,6	33	25	53	40
Energiewirtschaft, Bergbau	14	2,8	4		2	15
Verarbeitendes Gewerbe	302	3,0	75		60	20
Chemie, Mineralölverarbeitung	36	3,6	9		7	20
Steine und Erden	8	1,8	2		1	5
Metallerzeugung u. -bearbeitung	64	7,4	16		29	45
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	69	2,6	17		7	10
Elektrotechnik, EBM	49	2,5	12		5	10
Holz, Papier, Druck	27	2,6	7		3	10
Textilien, Leder und Bekleidung	36	3,2	9		7	20
Nahrungs- und Genußmittel	13	1,4	3		1	5
Bauwirtschaft	54	2,6	13		5	10
Handel	42	1,3	11		2	5
Verkehr	92	9,1	23		46	50
Nachrichtenübermittlung	18	3,8	5		5	25
Dienstleistungen 1)	65	2,2	16		7	10
Unternehmen insgesamt 1)	720	3,2	180	25	180	25
1) Ohne Wohnungsvermittlung.						

induzierten privaten Verbrauchs abhängig ist, erreichen sie das relativ größte Ausmaß in den verbrauchsnahen Bereichen.

Arbeitskraftreserven im Unternehmensbereich

Rechnet man mit der Durchschnittsproduktivität der Sektoren, so ergibt sich für die Mehrproduktion von 23,5 Mrd. DM ein Beschäftigungseffekt von 300 000 Erwerbstätigen. Angesichts der vorhandenen Produktivitätsreserven ist eine solche Ausweitung der Zahl der Beschäftigten allerdings nicht zu erwarten.

Produktionsänderungen stehen in der Regel nicht im gleichen Umfang Beschäftigungswirkungen gegenüber, da die Unternehmen auf Nachfrageschwankungen meist nicht mit einer konsequenten „hiring and firing“-Politik reagieren. Statt dessen wird eher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Arbeitsleistung je Beschäftigten durch Kurzarbeit oder Überstunden zu verändern. In Jahren der Unterauslastung werden überdies zu einem gewissen Teil Arbeitskräfte durchgehalten, weil Risiken und Einarbeitungskosten bei späteren Neueinstellungen höher veranschlagt werden als die zwischenzeitlich anfallenden Lohnkosten.

Welches Ausmaß diese Durchhaltestrategie hat, hängt von der Konjunktorempfindlichkeit eines Un-

ternehmens oder einer Branche, von der Art des Produktionsprozesses und der notwendigen Qualifikation der eingesetzten Arbeitskräfte ab. Zur Quantifizierung wurde für jede Branche eine Arbeitskraftreserve geschätzt. Ausgangspunkt der Überlegungen war jene Zahl von Erwerbstätigen in den Jahren seit 1970, die bei einer vollständigen Anpassung der Beschäftigung an die Auslastung des Produktionspotentials benötigt worden wäre. Als Indikator für das Ausmaß des Durchhalteeffekts wurde die Differenz zur Zahl der eingesetzten Erwerbstätigen gewählt. Um die Ergebnisse nicht durch das von Branche zu Branche unterschiedliche Niveau der besetzten Arbeitsplätze bei Normalauslastung zu verfälschen, wurde die Arbeitskraftreserve normiert, so daß sie in den einzelnen Branchen wenigstens einmal in den Jahren seit 1970 den Wert Null annimmt.

Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten hatte in dieser Zeit der Verkehrssektor die höchste Arbeitskraftreserve. Den geringsten Durchhalteeffekt gibt es beim Handel. Ebenso wie beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist dies jedoch nicht nur auf die Beschäftigungspolitik zurückzuführen, sondern auch auf die geringe konjunkturelle Empfindlichkeit dieser Branche.

Abweichende Branchenkonjunktoren ließen die Arbeitskraftreserve für den gesamten Unterneh-

Beschäftigungswirkungen der Konjunkturprogramme für 1978
in 1000 Personen

	Rechnerische Wirkungen 1)	Schwelle f. arbeitsmarkt-relevante Wirkungen		Nachfrage nach Arbeitskräften 2)	
		Variante I	Variante II	Variante I	Variante II
Land- und Forstwirtschaft	24	33	53	-	-
Energiewirtschaft, Bergbau	7	4	2	3	5
Verarbeitendes Gewerbe	110	.	.	42	69
Chemie, Mineralölverarbeitung	12	9	7	3	5
Steine und Erden	8	2	1	6	7
Metallerzeugung und -bearbeitung	10	16	29	-	-
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	16	17	7	-	9
Elektrotechnik, EBM	17	12	5	5	12
Holz, Papier, Druck	13	7	3	6	10
Textilien, Leder und Bekleidung	20	9	7	11	13
Nahrungs- und Genußmittel	14	3	1	11	13
Bauwirtschaft	49	13	5	36	44
Handel	50	11	2	39	48
Verkehr	15	23	46	-	-
Nachrichtenübermittlung	5	5	5	-	-
Dienstleistungen 3)	40	16	7	24	33
Unternehmen insgesamt 3)	300	.	.	144	199

1) Ergebnis der Input-Output-Rechnung ohne Berücksichtigung von Produktivitätsreserven.-
2) Spalte 1 minus Spalte 2 (Variante I) bzw. Spalte 3 (Variante II), sofern sich positive Werte ergeben.- 3) Ohne Wohnungsvermietung.

mensbereich nur geringfügig unter 500 000 Personen sinken (1973). Im Rezessionsjahr 1975 stieg die Reserve auf über 1 Million Personen. Im Zuge der konjunkturellen Erholung von 1976 sank sie auf 700 000 Personen, mehr als 3 vH der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl im Unternehmensbereich⁷. Im Jahre 1977 hat sie aber vermutlich wieder zugenommen.

Allgemein wird auch für 1978 mit einer anhaltend starken Unterauslastung des Produktionspotentials gerechnet. Ein Abbau der Arbeitskraftreserve dürfte dabei kaum zu erwarten sein. Die Annahme, daß die Arbeitskraftreserve in den Unternehmen mit rund 700 000 Personen dem Niveau des Jahres 1976 entsprechen wird, ist vermutlich zu optimistisch. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß zusätzliche Nachfrage nicht erst dann Beschäftigungswirkungen hat, wenn dieser Bestand vollständig abgebaut worden ist. Unternehmen, die nicht oder nur in geringem Maße Arbeitskraftreserven durchgehalten haben, werden bei Nachfrageanstößen die Zahl ihrer Beschäftigten erhöhen müssen, selbst wenn Branchenindikatoren solche Notwendigkeiten noch nicht erkennen lassen. Es wurde daher angenommen, daß es in jeder Branche einen Schwellenwert gibt, bis zu dem keine zusätzlichen Einstellungen aufgrund der rechnerischen Beschäftigungswirkungen zu erwarten sind. Erst wenn diese Schwellenwerte über-

schritten werden, wird die Zahl der Erwerbstätigen ausgeweitet.

Beschäftigungswirkungen der Konjunkturprogramme

In der ersten Variante wurde angenommen, daß in jeder Branche zusätzliche Einstellungen vorgenommen werden, wenn die rechnerischen Beschäftigungswirkungen ein Viertel der Arbeitskraftreserve dieser Branche übersteigen⁸. Wegen der bereits erwähnten strukturellen Aspekte lassen sich die Beschäftigungseffekte in der Gesamtheit nur ermitteln, indem die Analyse für jede Branche getrennt durchgeführt wird. In einigen Branchen — Land- und Forstwirtschaft, Metallerzeugung und -bearbeitung,

⁷ Die Berechnung dieses Indikators in Erwerbstätigen als Einheit darf nicht in der Weise mißverstanden werden, daß im Durchschnitt über 700 000 Erwerbstätige im Unternehmensbereich entbehrlich wären. Diese Zahl ist lediglich Ausdruck für die insgesamt geringere Beanspruchung der Erwerbstätigen. Es handelt sich nur um rechnerische Produktivitätsreserven, die in Personen gemessen werden.

⁸ Abweichend vom Sachverständigenrat, der ähnliche Überlegungen für den Produktivitätseffekt von Arbeitszeitverkürzungen anstellt und zu dem Ergebnis kommt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Hälfte durch Produktivitätsreserven kompensiert wird, werden damit die Beschäftigungswirkungen zusätzlicher Nachfrage als höher eingeschätzt. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1977/78, Ziffer 376.

Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, Verkehr und Nachrichtenübermittlung — ist der Beschäftigungseffekt im Vergleich zum Schwellenwert so niedrig, daß die zusätzliche Nachfrage vermutlich nicht zu zusätzlichen Einstellungen genutzt wird.

Unter Berücksichtigung der branchenspezifischen Schwellenwerte ergibt sich für den gesamten Unternehmensbereich ein zusätzlicher Bedarf von 144 000 Erwerbstätigen — das sind weniger als 50 vH der rechnerischen Beschäftigungswirkungen aus den Konjunkturprogrammen. Erwartungsgemäß entfällt ein großer Teil davon auf das Baugewerbe. Auch im Handel und in den Dienstleistungsbereichen sind die Wirkungen beträchtlich, bedingt durch das Gewicht dieser Bereiche an der gesamten Zahl der Beschäftigten und den geringen Durchhalteeffekt. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes ist aufgrund der zusätzlichen Nachfrage vor allem in den Verbrauchsgüterbereichen mit Beschäftigungseffekten zu rechnen.

In der zweiten Variante wurde, bei gleichem Durchschnittswert für den gesamten Unternehmensbereich, angenommen, daß die Schwellenwerte in den Branchen variieren. In Branchen mit unterdurchschnittlichem Anteil an der Arbeitskraftreserve wurde auch ein unterdurchschnittlicher Schwellenwert angesetzt und umgekehrt. In dieser Variante fallen die zusätzlichen Einstellungen für 1978 mit 200 000 Personen etwas höher aus als in der ersten Variante.

Bei der Wertung dieser Ergebnisse muß berücksichtigt werden, daß den Berechnungen insgesamt optimistische Annahmen zugrunde gelegt wurden. So wurde z. B. unterstellt, daß den Ausgaben im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms keine kompensierenden Einsparungen an anderen Stellen gegenüberstehen. Die Gefahr besteht, daß zumin-

dest im Bereich der Bauwirtschaft die Beschäftigungswirkungen durch Nachfrageausfälle in anderen Infrastrukturbereichen beträchtlich vermindert werden. Optimismus dokumentiert auch die Annahme, daß die mit den Steuerentlastungen verbundenen Mindereinnahmen nicht zu Ausgabekürzungen bei der öffentlichen Hand führen. Für die Berechnung der Arbeitskraftreserven wurde zudem ein relativ niedriger Durchschnittswert unterstellt.

Dem steht allerdings entgegen, daß mögliche Akzeleratorwirkungen nicht erfaßt werden. Diese ergeben sich, wenn die erhöhte Nachfrage die Produzenten zu einer Steigerung ihrer Kapazitäten durch zusätzliche Anlageinvestitionen veranlaßt. Angesichts der Unterauslastung des Produktionspotentials ist dieser Effekt allerdings als gering zu veranschlagen.

Die Zahl von 200 000 zusätzlichen Einstellungen wird man also eher als die Obergrenze der Beschäftigungseffekte ansehen müssen, die aufgrund des Zukunftsinvestitionsprogramms und der verschiedenen Maßnahmen zur Steuerentlastung für 1978 erwartet werden können. Auch in den Jahren danach ist keineswegs mit zusätzlichen Wirkungen zu rechnen, sondern bestenfalls mit einer Stabilisierung des 1978 erzielten Beschäftigungseffektes.

Bei einer Arbeitslosenzahl von über 1 Million kann die Aussicht, daß die Nachfrageimpulse der bisherigen Konjunkturprogramme lediglich für 150 000 bis 200 000 Personen Beschäftigung schaffen, keinesfalls zufriedenstellen. Es ist zu befürchten, daß ohne weitere wirtschaftspolitische Aktivitäten nicht einmal eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in den Jahren nach 1978 verhindert werden kann. Dies gilt um so mehr, als für 1978 und die Folgejahre mit einem weiteren Anstieg des Erwerbspersonenpotentials gerechnet werden muß.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.

Im Druck:

- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Gefahr steigender Arbeitslosigkeit durch die bisherigen Konjunkturprogramme nicht gebannt
bearbeitet vom DIW-Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.